

Europa ist ein Kontinent der Menschenrechte

*„Das ist die entscheidende Frage:
wie kriegt man diese Debatte wieder in eine konstruktive Richtung?“*

Nachzudenken & Konzepte vorzuschlagen, die mehrheitsfähig sind:

Wie ließe sich humane Kontrolle irregulärer* Migration und legale Wege, sowohl für Arbeitsmigration, die wir brauchen, als auch für Flüchtlinge kombinieren. Wir können wir Ängste besänftigen und die Zahl der Toten reduzieren.

Quellen:

WDR 5, Tagesgespräch, 04.09.2024

Ende der „Willkommenskultur“: Wie weit wollen wir gehen?

Die Bedingung der Union für ein erfolgreiches Fortführen des Migrationstreffens: Zurückweisungen an der Grenze. Geht das zu weit? Moderation: Julia Schöning. Fachmann im Studio: Gerald Knaus.

<https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-tagesgesprach/audio-ende-der-willkommenskultur-wie-weit-wollen-wir-gehen-100.html>

WDR 5 Neugier genügt – Redezeit, 28.03.2024

Knaus hat **Vorschläge, um irreguläre Migration zu begrenzen, ohne dabei das Asylrecht auszuhebeln**. Die größten Risiken für neue massenhafte Migration sieht Knaus im Moment in Europa.

<https://www.podcast.de/episode/627167371/loesungen-fuer-die-migration-gerald-knaus>

Gerald Knaus von der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI) ist einer der einflussreichsten flüchtlingspolitischen Experten Europas. Er hat das EU-Türkei-Abkommen mitentwickelt und die Bücher „Welche Grenzen brauchen wir (Piper)“ und „Wir und die Flüchtlinge (Brandstaeetter Verlag)“ geschrieben.

<https://www.zeit.de/politik/2023-02/gefluechtete-migrationspolitik-eu-gerald-knaus>

Es folgt eine Zusammenfassung, aus einer Mitschrift der beiden Radiosendungen; ergänzt durch Internetrecherche. Ich hoffe, durch die persönliche Auswahl und Strukturierung, den Sinn der Aussagen nicht verändert zu haben. R. Lövenich.

A)

MIGRATION UND FLUCHT HAT ES SCHON IMMER GEGEBEN.

„Der Grund, warum Deutschland jetzt so überfordert ist, sind eher nicht die Asylsuchenden, sondern, das ist die Ukraine.“ (siehe auch E.)

Migration und Flucht hat es schon immer gegeben. **Rechtspopulisten haben sich des Themas angenommen und bieten ganz einfache Lösungen.** Migration, aber auch Flucht, sind die Normalität. **Aber das als Normalität zu gestalten, das ist eine unserer großen Aufgaben für das Zusammenleben einer Gesellschaft, aber auch für das Bestehen der Demokratie.**

WIE WEIT WOLLEN WIR GEHEN?

Grundgesetz ändern, Asylrecht ändern?

„Die Menschenwürde ist unantastbar. Wir sind die Partei, die die Menschenwürde verteidigt.“
(Erinnern wir uns: CDU, Spahn, Linnemann, u.a., 2015 in Zeiten der „Flüchtlingskrise“)

Das eine ist das extrem hohe Gut, nicht nur **das Recht einen Asylantrag zu stellen**, sondern noch viel grundlegender, der **Respekt der Menschenwürde**, das ist im GG, das ist in der EU-Grundrechte Charta, das ist der Grundgedanke der Europäischen Menschenrechtskonvention, das ist unsere Zivilisation seit dem zweiten Weltkrieg.

„Respekt der Menschenwürde; das zu opfern, zu sagen, es gibt Menschen, die haben keine Menschenwürde an Europas Grenzen oder in der EU, wäre dramatisch.“

Die Abschaffung des Asylrechts wäre ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Dann müsste das GG geändert werden. Dies müsste man in den Blick nehmen: wie weit möchte ich als Gesellschaft gehen? Möchte ich ein Stück weit **meinen Rechtsstaat aufgeben, möchte ich meine im GG verankerten Werte aufgeben**, ... und das müssen wir uns immer fragen.

Rechtsmittel sind dafür da, dass sich der Bürger gegen den Staat wehren kann. Und wenn ein Bürger das nicht mehr kann, oder nur noch bestimmte Bürger unseres Staates das können, **dann kommen wir zu einer zwei Klassen Gesellschaft, das kann man in Deutschland nicht allen ernstes vertreten** und vor allen Dingen verraten wir damit auch ein Stück weit unseren Rechtsstaat und das wäre der Anfang vom Ende; dann ist der Willkür von Behörden und sonstigen Institutionen Tür und Tor geöffnet.

„Und umgekehrt brauchen wir aber die Mehrheit der Bevölkerung in Demokratien, die überzeugt werden muss, dass ist möglich, die irreguläre Migration (), vor der sich viele fürchten, diesen Kontrollverlust, ohne Opferung der Menschenwürde, zu reduzieren.“*

B)

„Da wird immer noch zu viel über Scheinlösungen und nicht über echte Lösungen diskutiert.“

„Wir diskutieren über Dinge, die keinen wirklichen Einfluss haben auf die großen Baustellen, die großen Krisen, haben:

- die tausenden Toten im Mittelmeer jedes Jahr,*
- der Bruch von Recht und Gesetz an den EU-Außengrenzen,*
- der fallende Konsens für die Menschenrechtskonvention.“*
- der Gefährdung unserer Demokratie*

Beispiel aus Istanbul (der ärmste Bezirk Sultanbeyli / asiatischer Teil / 328.000 Einwohner): 6% der Bevölkerung sind syrische Flüchtlinge, ca. 20.000 Menschen. Die große Frage ist, wie geht es weiter mit denen; die haben einen temporären Schutzstatus.

Ich sprach mit einer 10-jährigen, die ist in Syrien geboren. Aber 3 Wochen nach ihrer Geburt war sie in Istanbul mit ihrer Mutter, der Vater ist gestorben. Die hat keinen Pass; keinen syrischen Pass, keinen türkischen Pass. Die lernt fleißig englisch, spricht türkisch, weil sie in eine türkische Schule geht. Da gibt es ganz viele und darüber nachzudenken, wie könnte z.B. die EU oder Deutschland manchen dieser Syrer in der Türkei einen legalen Weg bieten. Die würden sich anstrengen, die würden etwas lernen, die würden auf den Arbeitsmarkt gerne kommen, aber nicht mit Schmugglern, nicht über die Grenze unter Lebensgefahr. Das würde einem Distrikt wie Sultanbeyli helfen, das würde den Menschen helfen, das würde Deutschland helfen.

Legale Möglichkeiten für Migration anzubieten, darüber müssten wir diskutieren, dazu brauchen wir Konzepte und nicht diese ideologischen Scheingefechte mit Dingen wie die Bezahlkarte.

SCHEINLÖSUNGEN:

Zurückweisung an der Grenze

Wie realistisch ist es, dass niemand mehr dieses Land betreten kann? Wirkt das?

Das Ende offener Grenzen (Schengen)

Das ist ein alter Vorschlag, der schon 2016 und 2018 diskutiert worden sei. „Und jedes Mal, wenn man sich genauer angesehen hat, was dafür nötig ist, hat man festgestellt: **Der ist nicht umsetzbar. Weder rechtlich noch praktisch.**“ Zumal man bei dieser Art der Politik immer die Kooperation der Nachbarn brauche. „Das ist ja eine direkt gegen Tschechien, die Schweiz, Österreich und Polen gerichtete Politik. Denn dorthin werden die Leute ja geschoben“, sagte Knaus. „Und das sind alles Länder, wenn sie die ukrainischen Flüchtlinge dazu zählen, die mehr Flüchtlinge aufgenommen haben als Deutschland.“ Politisch, rechtlich und praktisch sei das deshalb „ein ganz schlechter Vorschlag“.

Deutschland müsste dann an der Außengrenze zu den Nachbarn, die Schweiz und Österreich und Tschechien, wo die meisten herkommen aus Südosteuropa, oder auch Polen, müsste dann dort, **also die ganze Grenze, auch die grüne Grenze überwachen**. Die Leute würden sich dann ja nicht am normalen Grenzposten anstellen.

Und müsste dann sagen, jeden den wir aufgreifen, schicken wir zurück; sagen wir nach Österreich. Das ist die wichtigste Route immer noch für Deutschland. Müsste aber auch hoffen, dass die Österreicher mitmachen. Denn, Deutschland kann auf seiner Seite der Grenze machen was es will.

Wenn man also will, und das ist ja das Problematische an den vielen Versprechen zu vielen Themen im Bereich Migration, **wenn man wirklich hofft, dass durch Zurückweisungen und Grenzkontrollen die irreguläre Migration und die Anzahl der Asylanträge in Deutschland drastisch fällt, dann landet man sehr, sehr schnell in einer Falle. Denn dann müsste man eigentlich sagen, wir geben dauerhaft Schengen auf. Offene Grenzen sind nicht haltbar.**

Deutschland baut einen neuen Grenzschutz auf, den haben wir ja abgebaut, durch die offenen Schengen-Grenzen. Und das hat sich ein Professor angeschaut. 2018 gab es ein Buch „Deutschlands unsichere Grenze“. Da wurde ein Schutzwall-Vorschlag gemacht, für die **3.876 km Grenze rund um Deutschland**, mit der Idee, das sollte eine Burg werden, und das Modell war das mustergültige Sperrsystem der innerdeutschen Grenze im kalten Krieg; also die DDR – BRD Grenze. Und dieser Professor hat dann berechnet, **man bräuchte 90.000 Grenzschrützer**. Und das ist das Problem an diesem Vorschlag. Er würde nicht wirken, außer er würde zu radikalen Konsequenzen führen. also ich rede noch gar nicht über die **rechtlichen Probleme, denn ich sehe die als unüberwindbar in diesem Moment**.

Aber die praktischen Probleme führen dazu, dass das einer dieser Gimmik-Vorschläge ist, von dem man eigentlich weiß, er ist nicht durchsetzbar. Man hofft auf eine Symbolwirkung. Und das haben wir in den letzten Jahren wirklich gesehen, diese **Symbolwirkungsaktionen, dieser Art, das ist weder in Österreich, noch in Deutschland in den letzten Jahren Erfolgreich gewesen**.

EU-Vertrag, den Art. 72 über einen Notstand

Die CDU sagt, und das ist ja letztlich auch eine staatstragende Rechtsstaatspartei, wenn man genauer hinsieht, sagt sie, ja natürlich werden wir uns an das Gesetz halten, wir wollen einen Artikel aus dem **EU-Vertrag, den Art. 72 über einen Notstand**, den wollen wir aktivieren. Dann dürfen wir ja das rechtlich. Das Problem an diesem Vorschlag ist, das wissen auch die Juristen der CDU, die besten Experten in Deutschland beraten ja die CDU auch, die haben auch schon Gutachten dazu geschrieben, **das stimmt einfach nicht**. Die Gerichte, der Europäische Gerichtshof, würde das zurückweisen. Der würde das nicht akzeptieren, wenn Deutschland das jetzt sagt. „Art. 72, wir setzen jetzt bestehendes Recht aus.“ Also, entweder macht die CDU das im Wissen, das das rechtlich abgelehnt wird; und die deutschen Gerichte werden sich auch sofort an den Europäischen Gerichtshof wenden; dass dürfen sie ja, Fragen stellen.

Es wird scheitern. Eine seriöse Partei macht das nicht. Die CDU hat der Ampel-Koalition vorgeworfen, bei anderen Themen Entscheidungen zu treffen, bei denen man ahnt, dass sie nicht halten werden. **Bei so einem wichtigen Thema wie Migration spielt man nicht mit dem Feuer, da macht man keine Vorschläge, von denen man weiß, die werden abgelehnt.**

Warum macht die Union dann das?

Weil, und da habe ich auch ein Verständnis dafür, wir sehen Wahlergebnisse der letzten 2 Jahre: In den Niederlanden gewinnt Geert Wilders, in Frankreich gewinnt Marie Le Pen, Melonie ist Ministerpräsidentin in Italien, jetzt die Ergebnisse in Deutschland, in Österreich könnte die FPÖ erste Partei werden bei den Wahlen. Wir haben eine politische Krise und das ist gefährlich in einer Situation, wo die Demokratie in Europa ja auch durch die große Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine gefährdet ist.

Und jetzt steht eine Partei **wie die CDU in der Mitte des deutschen Parteienspektrum und sagt, die Leute wollen Kontrolle, und das stimmt ja, das versprach ja auch die Ampel 2021 im Koalitionsvertrag**. 2021, im Koalitionsvertrag, einigten sich die Grünen, die FDP und die Sozialdemokratische Partei, wir wollen die irreguläre Migration reduzieren. Und tatsächlich ist das gescheitert.

Und politisch profitieren dann die großen Vereinfacher, die sagen, wir drücken einen Knopf, in dem wir das Asylrecht einfach abschaffen; als Beispiel die AFD. Und tatsächlich ist hier ein Problem, nur es wird nicht besser, wenn man Vorschläge macht, die nicht umsetzbar sind. Vorschläge, die am Ende Erwartungen wecken, die ins politische Nirwana führen.

Straftäter abschieben & Zahl der Rückführungen erhöhen

Forderungen nach verstärkten Abschiebungen von kriminellen Asylbewerber:innen sind nur ein Köder-Argument. In den Fällen, wo es möglich und sinnvoll ist, werden kriminell gewordene Asylbewerber:innen bereits abgeschoben. Die Entscheidung einer Abschiebung muss aber mit dem Grundgesetz vereinbar sein und per Einzelfallprüfung erfolgen. (www.volksverpetzer.de, Keine Demokratie ohne Fakten)

Die Zahl der Rückführungen weiter zu erhöhen, scheitern an einer Vielzahl von Problemen, die sie schwierig oder unmöglich machen: Fehlende Papiere, Personen krank, Personen durch Gesetz geschützt, ...

Ein Beispiel, die Pässe: Es ist kein deutsches Problem, sondern ein Problem aller europäischen Staaten. **Kein Land ist erfolgreich dabei, Abschiebungen in großer Zahl in die meisten Staaten der Welt durchzuführen, weil diese Staaten nicht kooperieren.** Und zwar, weil es nicht populär ist. Wir sehen das ja in der EU auch, Italien unter Frau Meloni, setzt einfach die Dublin-Überstellungen aus, also das Italien Leute nimmt, die eigentlich in Italien sein sollten, für den Asylantrag. Italien schreibt einen Brief, „wir nehmen sie nicht“. Und dann geraten Länder wie Deutschland oder die Schweiz an ihre Grenzen.

Was wir also brauchen, ist ein Wille der anderen Länder zu kooperieren. Und das kann man mit einer klugen Politik erreichen. **Aber der Schlüssel muss natürlich sein, dass insgesamt weniger Menschen irregulär kommen.**

Reduzieren, aber wie?

In den letzten 10 Jahren, einmal eine Maßnahme getroffen, auf europäischer Ebene mit Unterstützung der Deutschen Regierung, das Abkommen (Erklärung; kein Vertrag) mit der Türkei. Türkei: „Wir nehmen die Leute zurück, dafür bietet uns die EU an, Leute legal aufzunehmen. Und sie bietet uns an, Geld für die Flüchtlinge im Land.“ Straftäter abschieben, Anzahl Asylanträge zu verringern, ... dazu brauchen wir keine Grundgesetzänderung.

Was wir brauchen ist der Fokus auf die richtigen Entscheidungen. (s. D.)

Neue Horizonte e.V., Begegnungsstätte AnziehBar, Rathausstr. 7, 52459 Inden

Bezahlkarte (, um die Zahl der Asylanträge zu senken)

Knaus: Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel für eine vollkommen ideologisierte Debatte. Also die Vorwürfe, Menschen werden entrechtet, weil sie mit Bezahlkarten Geld bekommen, sind absurd. Ich glaube, in den Baltischen Staaten würde man sich wundern, wenn nicht sowieso alles über Karten läuft. Und umgekehrt ist aber auch die Vorstellung, die **Versprechen, dass man so die Zahl der Asylanträge senken kann, auch absurd**. Es geht hier um einen beschränkten Zeitraum, in dem Asylantragsteller Geld bekommen*. Wenn sie anerkannt werden, sind sie sowieso Flüchtlinge und werden behandelt wie andere.

Deutschlandfunk: Mit der Karte sollen Geflüchtete einen Teil der ihnen zustehenden Leistungen als Guthaben statt per Barauszahlung erhalten. Politiker erhoffen sich, dass die Leistungsempfänger das Geld für sich nutzen und es zum Beispiel nicht in die Herkunftsländer überwiesen wird oder Schleuser damit bezahlt werden. Auch erwarten Politiker, dass dadurch Deutschland als Zielland für geflüchtete Menschen an Attraktivität verliert. Untersuchungen hätten gezeigt, dass Sozialleistungen keinen entscheidenden Pull-Faktor darstellten. Der Sozialwissenschaftler Marcus Engler sprach mit Blick auf die Einführung von Bezahlkarten von Symbolpolitik.

** Bis eine Entscheidung bezüglich einzelner Asylanträge getroffen wird, vergeht mitunter sehr viel Zeit. Selten wird ein Asylverfahren innerhalb von sechs Monaten oder weniger bearbeitet. Meist liegt die Bearbeitungszeit zwischen sechs und zwölf Monaten – doch auch deutlich längere Wartezeiten sind möglich. (www.anwalt.org)*

Leistungskürzungen für Dublin-Flüchtlinge

Hier geht es nicht um abstrakte Abschreckung, sondern um Durchsetzung der geltenden Dublin-Regeln. Flüchtlinge haben danach in der EU zwar Anspruch auf ein Asylverfahren, können sich aber den Zielstaat nicht aussuchen. Es dürfte daher nicht verfassungswidrig sein, Asylsuchende darauf zu verweisen, dass sie in anderen EU-Staaten Anspruch auf Ernährung und Unterkunft haben. **Das eigentliche Problem ist das Dublin-System selbst**, wonach Deutschland fast nie für Asylverfahren zuständig wäre, weil es keinerlei EU-Außengrenzen hat. Das ist offensichtlich ungerecht und es ist deshalb gut nachvollziehbar, dass die EU-Staaten, die an den EU-Außengrenzen liegen, das Dublin-System unterlaufen, wo es geht. Da die Streichung der Sozialleistungen für Dublin-Flüchtlinge zu Recht an die konkrete Aufnahmebereitschaft des zuständigen EU-Staats geknüpft ist, wird es also wohl auch künftig viele Dublin-Flüchtlinge geben, die in Deutschland bleiben können und auch versorgt werden – weil nicht sie die Überstellung verhindern, sondern der zuständige EU-Staat. (www.taz.de)

WUNSCH, ZU KONTROLLIEREN

Dieser **Wunsch**, die irreguläre Migration zu kontrollieren, **zu wissen wer kommt, zu reduzieren, dass weniger Menschen auf diese Art** („mit Schmugglern“) **nach Deutschland kommen**, - bemerkenswert ist ja, den teilen alle demokratischen Parteien -, **das Problem ist eben, es zu tun**. Und die Herausforderung, in einigen europäischen Ländern, ich nenne Österreich; Österreich hatte in den letzten Jahren pro Kopf mehr Asylanträge als Deutschland und hat pro Kopf in den letzten 10 Jahren in den EU-Ländern am meisten Schutz vergeben, mit Regierungen, die seit Jahren .. sagen, wir reduzieren die irreguläre Migration.

Die Maßnahmen die dort getroffen wurden, Grenzkontrollen zu Ungarn, Verschärfungen bei der Unterstützung im Land, die haben alle nichts gewirkt. Warum? Weil Österreich ein Rechtsstaat ist und im Rechtsstaat gewisse Grenzen sind. Wenn also jemand Österreich erreicht hat, an der Grenze aufgegriffen wurde, dann haben sich alle österreichischen Behörden und das ist in Deutschland genau gleich, an das Recht gehalten und das Recht heißt, wenn Menschen einen Schutzantrag stellen, dann wird der geprüft, und wenn der abgelehnt wird, dann kann man sie abschieben und da, haben wir schon gesagt, scheitern alle.

Das Problem ist nicht das Ziel die irreguläre Migration zu reduzieren, das teilen eigentlich alle, **das Problem ist, das die Bevölkerung das Gefühl bekommt, es klappt ja gar nichts**, und dann kommen die Leute, wie die **AfD, aber die Ungarn haben keine Asylanträge. Ja, die haben das abgeschafft, das Asylrecht.** Und das ist natürlich ein totaler Bruch vom EU-Recht, und **wenn das die Deutschen machen würden, hätten wir das totale Chaos**, und dann würde jeder in der EU die Gesetze abschaffen, Gerichtsentscheidungen ignorieren. **Und das ist das Projekt von denen, die Europa zerstören wollen.** Die sagen, wir können es nur kontrollieren, wenn wir eigentlich die Grundrechte aussetzen, abschaffen und Gerichte ignorieren. Und dafür ist es so dringend, etwas zu tun.

c)

DEFINITIONEN

Migration

Migration findet im großen Rahmen statt; überall. Und jede erfolgreiche Gesellschaft ist auch eine Gesellschaft mit viel Migration.

Wien wird jedes Jahr zur lebenswertesten Stadt der Welt gewählt, mit anderen Städten wie Melbourne oder Vancouver. Und das sind alles Einwanderungsstädte. Auch Wien, über 30% der Menschen die dort arbeiten, haben keine österreichische Staatsbürgerschaft, sind nicht in Österreich geboren. Ganz viele Migranten im Jahr 2022 kamen nach Wien, mehr Menschen als in jedem Jahr seit 1900, weil Wien erfolgreich ist. Und das sehen wir in Deutschland, sehen es in Europa. Diese Art Migration brauchen wir, sie findet aber legal statt. Menschen kommen, dürfen kommen, haben einen Status.

Irreguläre Migration*

Die irreguläre Migration an den Außengrenzen, über die wir so viel reden, ist von den Zahlen her um vieles kleiner (als die Migration). Im letzten Jahr kamen ungefähr 260.000 Menschen mit Schmugglern über das Mittelmeer. Das wirkt viel, aber das war die gesamte irreguläre transkontinentale Migration aus ganz Afrika und dem nahen Osten.

„Diese Zahlen sind viel, viel kleiner, als sich jeder das vorstellt. Und diese zu reduzieren, damit a) weniger Menschen sterben und damit b) die Menschen nicht die Angst haben, dass da womöglich Millionen kommen könnten, was nicht passiert; die aber zu reduzieren und zu zeigen, man kann c) Kontrolle herstellen, ist die politische Frage.“

Flucht

Und das Dritte, was wir erleben, ist die Flucht. Die letzten 2 Rekordjahre, so viel Schutz hat Deutschland noch nie gegeben, seit der Gründung 1949 der Bundesrepublik, das waren Rekordjahre bei der Vergabe von Schutz.

Neue Horizonte e.V., Begegnungsstätte AnziehBar, Rathausstr. 7, 52459 Inden

7

Spendenkonto: GLS BANK, IBAN: DE08 4306 0967 1052 3884 00
Vereinskonto: Sparkasse Düren, IBAN: DE90 3955 0110 1201 3380 58

www.neue-horizonte-ev.de

Aber die allermeisten dieser Flüchtlinge kamen legal ins Land, das sind Ukrainer/innen, Frauen und Kinder. Und das ist eine enorme Herausforderung, aber das ist auch wiederum etwas anderes, als die irreguläre Migration mit Schmugglern über das Mittelmeer.

„Und, wenn man das nicht unterscheidet, wenn wir das alles vermischen, und dann kommen noch die Rassisten, die sagen, lass uns doch auch über die reden, die schon längst Deutsche sind, die vielleicht vor vielen Jahrzehnten, oder deren Eltern eingewandert sind, die wir hier nicht wollen, weil sie irgendwie anders sind, anders aussehen, andere Religionen haben. Wenn man diesen rassistischen Diskurs vermischt mit der Debatte über legale Migration, irreguläre Migration und mit Flucht, dann endet man im Chaos. Keiner kennt sich aus, und es wird nur noch an Ängste appelliert und dann findet man auch keine Lösungen.“

Irreguläre Migration* ist nicht gleich irreguläre Migration und vor allem nicht irregulär!*****

* Gerald Knaus bezeichnet damit die (irreguläre) Migration mit Schmugglern (über das Mittelmeer). Das Recht auf Asyl stellt er nicht in Frage.

** In der politischen Debatte in Deutschland wird der Anschein erweckt, dass diese Menschen kein Recht auf Asyl haben; wenn überhaupt, dann nur an den EU-Außengrenzen – wohin sie unverzüglich zurück müssen (abgefangen an der Grenze).

+++ Die Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) definiert irreguläre Migration so: Menschen, die sich *ohne Kenntnis der Behörden* in Deutschland aufhalten. **Es geht also nicht um die Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben** oder geduldet werden, sondern um Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität. Eine unerlaubte Einreise führt nicht zwangsläufig in einen illegalen Aufenthalt. Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten melden sich nach einer unerlaubten Einreise bei den Behörden, um Asyl oder humanitären Schutz zu beantragen. Sie erhalten zunächst ein befristetes und bei Anerkennung dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Wahrscheinlich sind die meisten Menschen, die in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität leben und den Behörden nicht bekannt sind, z.B. als Touristen oder zur Aufnahme eines Studiums eingereist. Nach Auslaufen des Visums sind sie dann unerlaubt geblieben. In engem Zusammenhang damit steht die Bekämpfung der unerlaubten Beschäftigung, denn die Aussicht auf eine illegale Beschäftigung verstärkt den Anreiz zur illegalen Einreise.

D)

ASYLANTRÄGE REDUZIEREN, ABER WIE?

Realistische Optionen. Sichere Drittstaaten

Ich habe schon über die **sicheren Drittstaaten** gesprochen. Derzeit ist es aber so, das es gar nicht geht, mit sicheren Drittstaaten zu verhandeln, weil im **EU-Recht steht, es ist technisch, aber es steht, „man darf nicht mit sicheren Drittstaaten verhandeln Leute aufzunehmen, die nicht eine Verbindung zu dem Staat haben“**. ... Dieses Verbindungskriterium im EU-Recht ließe sich leicht ändern. Das wollten im letzten Jahr fast alle EU-Staaten ändern, um dann mit der Türkei und anderen Staaten reden zu dürfen; und Deutschland war dagegen. Deutschland hat sich im letzten Jahr dagegen gestellt und jetzt prüft seit dem letzten Oktober das Innenministerium, ob man nicht doch sichere Drittstaaten-Abkommen machen sollte. Die FDP fordert sie, es gibt in der SPD Stimmen die sagen, wir sollten das machen, die Union hat es in ihr Grundsatzprogramm genommen.

Neue Horizonte e.V., Begegnungsstätte AnziehBar, Rathausstr. 7, 52459 Inden

8

Spendenkonto: GLS BANK, IBAN: DE08 4306 0967 1052 3884 00

Vereinskonto: Sparkasse Düren, IBAN: DE90 3955 0110 1201 3380 58

www.neue-horizonte-ev.de

Ich glaube, wenn wir eine Maßnahme suchen, die jetzt bei diesen Gesprächen, die jetzt in Berlin laufen, und dann in Europa aufgegriffen werden können, dann wäre es, das EU-Recht so zu ändern, dass wir über sichere Drittstaatsabkommen reden dürften und das zu wiederholen, was wir schon einmal 2016 erreicht haben.

Sichere Drittstaaten

Dass ist der Weg, irreguläre Migration über das Meer zu reduzieren. Ein sicherer Drittstaat ist ein Staat, wo man jemanden zurück bringen kann, wo dann das Verfahren stattfinden kann, **mit dem Ziel die Leute davon abzuhalten**, wenn man eine kleine Zahl zurück bringt, ab einem Stichtag, **sich in die Boote zu setzen**.

Und mein Vorschlag ist, dies jetzt sofort zu beweisen. Politiker, auch in Deutschland, die sich für diese Idee einsetzen, beweisen wir dies doch am Beispiel Ärmelkanal. **Zwischen der EU und Großbritannien**, wo jedes Jahr Zehntausende die EU mit Schmuggler verlassen um nach Großbritannien zu kommen. Beweisen wir doch dort, wie eine sichere Drittstaatenregelung, diese irreguläre Migration sofort drastisch reduziert und beiden Seiten nützt.

Also, Deutschland und Griechenland (hat leere Aufnahmezentren am Festland) und Dänemark und Österreich (Länder die sich dafür einsetzen, sichere Drittstaatenabkommen zu machen) bieten Großbritannien an, ab dem 1. April, jeder der dann die EU verlässt, mit Schmugglern über den Ärmelkanal, kann in die EU in diese vier Länder zurück gebracht werden.

Ich garantiere ihnen, nach wenigen Wochen würde niemand mehr in die Boote steigen. Und dafür müsste Großbritannien, diesen Ländern anbieten, jedes Jahr, ab jetzt, für die nächsten 5 Jahre, 10.000 oder 15.000 Flüchtlinge legal aufzunehmen; die schon hier sind und die nach Großbritannien wollen.

Wir hätten eine Solidarität Großbritanniens, wir hätten das Modell der Schmuggler zerstört, wir hätten keine Toten mehr, und wir würden zeigen, weil niemand bezweifelt, dass hier alle Staaten die hier miteinander reden, sicher sind, sichere Drittstaatenabkommen können funktionieren. **Und dann hätten wir eine ganz andere Ausgangslage.**

Wenn Deutschland, oder die EU, mit einem afrikanischen Land verhandelt, weil wir dann sagen würden, dass was wir gerne mit euch machen würden, haben wir selbst angeboten, weil wir überzeugt sind, es nützt beiden Seiten.

Es ist nicht einfach, man muss mit komplizierten Ländern Vereinbarungen treffen, die im Interesse beider Länder sind. Dafür muss man legale Wege anbieten; da hat man dann die Kontrolle mit Kontingenten oder mit Zahlen. Man muss Ländern helfen, die Flüchtlinge vor Ort aufnehmen, auch finanziell. Das kostet etwas, aber das ist auch im Interesse des Flüchtlingsschutzes. Und man braucht Interessen dieses Partners. Schlüsselvorschlag, auch durch die UNION, aus der Türkei-Erfahrung lernen. Man braucht eine neue Vereinbarung, die letzte ist 2020 zusammen gebrochen. Wir bräuchten 3 oder 4 solcher sicheren Drittstaatsabkommen an anderen Grenzen im Mittelmeer, die die EU oder eine Gruppe von EU-Ländern verkündet.

Beispiel:

Im Jahr 2023 sind ein paar zehntausend Menschen mit Fischerbooten, aus Westafrika oder aus Nordafrika, zu den Kanarischen Inseln im Atlantik. Das ist Spanien, das ist die EU, und wer dort ankommt, der ist in der EU. Und die allerwenigsten von denen werden zurückgeführt, weil dafür die Abkommen fehlen und die Bereitschaft ihrer Herkunftsländer zu kooperieren. Da steigen vor allem junge Männer in Fischerboote, aus Senegal, Mauretanien, Marokko und kommen mit dem Boot in die EU. Ein paar zehntausende.

Neue Horizonte e.V., Begegnungsstätte AnziehBar, Rathausstr. 7, 52459 Inden

9

Spendenkonto: GLS BANK, IBAN: DE08 4306 0967 1052 3884 00

Vereinskonto: Sparkasse Düren, IBAN: DE90 3955 0110 1201 3380 58

www.neue-horizonte-ev.de

Wenn wir hier eine Einigung hätten, mit einem Land in Westafrika oder Nordafrika, mit Marokko oder Senegal, mit einem dieser Ländern, das bereit wäre ab einem Stichtag, ab dem ersten April diesen Jahres, oder dem ersten Mai dieses Jahres, jeden der da ankommt zurück zu nehmen. Dann **dürfen wir diese Menschen nur dann zurück führen, wenn es dort menschenwürdige Bedingungen und Zugang zu einem Asylverfahren gebe. Das kann man aber herstellen.** Denn es geht da nicht darum, einhunderttausende zurück zu schicken, es geht darum, 1000 vielleicht 2000 Menschen zurück zu schicken, weil dann die Leute aufhören würden, in diese Boote zu steigen. Weil klar ist, dass ist nicht der Weg nach Spanien oder in die EU. Das haben die Australier gemacht, das haben die Amerikaner in der Vergangenheit mit Kuba gemacht, das haben wir mit der Türkei-Erklärung 2016 gemacht.

Also es geht, zu sagen: wir entmutigen euch NICHT durch Menschenrechtsverletzungen, wir entmutigen Menschen in diese Boote zu steigen. Tausend sind im letzten Jahr auf dieser Route ertrunken. Wir einigen uns mit einem Land, in Westafrika oder Nordafrika, dass dieses Land die Leute zurück nimmt, nach einem Stichtag. Und dafür bieten wir diesem Land etwas an. Nämlich legale Arbeitsmigration, und mit dem Flüchtlingshilfswerk HNUCR zusammen, auch Aufnahme geordnet von Leuten, die wirklich dort sind und die Schutz brauchen, aus anderen Staaten. Also, wir würden die irreguläre, **lebensbedrohliche und Angst machen Migration über das Meer, ersetzen durch legale Wege. Die würden wir aber kontrollieren, wir würden wissen, wer kommt; und durch Kooperation.** Und wenn das im westlichen Mittelmeer und im Atlantik funktioniert, dann könnte das auch im zentralen Mittelmeer, auf der Libyen-Route funktionieren. Und wir hatten schon einmal, 2016, so ein Konzept mit der Türkei, in der Ägäis.

„Wir sind mitten in der größten Flüchtlingsbewegung, in Europa.“
Er will für diesen Winter die nächste Flüchtlingsbewegung lostreten.

D)

2015 FLÜCHTLINGSKRISE & WILLKOMMENSKULTUR?

Knaus korrigiert: Wir hatten 2022 eine Flüchtlingskrise und wir haben heute eine Willkommenskultur,

„... weil Deutschland noch nie in seiner Geschichte, so vielen Menschen Schutz gewährt hat, wie 2022. Und der Grund sind natürlich nicht die Asylantragsteller, das war nur 1/10 der Zahlen, sondern das ist die enorm große Zahl, 1 Million, innerhalb eines Jahres, mittlerweile 1,2 Millionen, Ukrainer/innen, vor allem Frauen und Kinder, die Deutschland aufgenommen hat.“

Wir sind mitten in der größten Flüchtlingskrise, Flüchtlingsbewegung, in Europa, seit den 40er Jahren. Und die Nachbar, wenn man über Grenzkontrollen redet, die Nachbarn wie Tschechien oder Polen, haben pro Kopf noch viel mehr Ukrainer/innen aufgenommen als Deutschland. **Also, es ist ja nicht nur ein deutsches Problem.**

Und – und jetzt kommen wir zum **wirklichen Problem – es gibt eine Strategie von Vladimir Putin**. In dieser Woche wurden schon wieder alle Kraftwerke, Umspannwerke in der Ukraine beschossen, sie werden mit Raketen zerstört.

Er will für diesen Winter die nächste Flüchtlingsbewegung losstreten.

Wenn Leute in der Ukraine in diesem Winter nicht mehr leben können, in ihren Städten, weil es 20 Stunden keinen Strom gibt, weil die Aufzüge nicht fahren, weil die Infrastruktur zusammen bricht, vor dieser Krise **brauchen wir eine Geschlossenheit der demokratischen Parteien. Wir dürfen die Gesellschaft nicht auseinander treiben lassen.**

Und deswegen ist es so wichtig, **bei Fragen der Kontrolle eben Lösungen vorzuschlagen, die auch wirken, die realistisch sind.** Und das ist ein **Versuch (von Putin), unsere Demokratie, unsere Gesellschaft zu spalten und in die Knie zu zwingen.** Und das Problem ist, die Parteien die jetzt sagen, lassen wir die Ukraine im Stich, wir wollen Frieden, oder geben wir Vladimir Putin doch, was er will; sind die gleichen Parteien die sagen würden, wenn 5 Millionen oder mehr Ukrainer noch fliehen müssten, weil man dort nicht leben kann, weil, in den Gebieten die Russland besetzt, wurden 40.000 Kinder verschleppt, die sagen würden, wir schließen die Grenzen.